

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 15 / Jänner 2010

- 1 Zweites MitarbeiterInnentraining im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs
- 3 25 Jahre AWEPA – Jubiläumskonferenz in Kapstadt
- 3 Weltbank-Projekte in Burkina Faso – Regionale Entwicklung im Spannungsfeld von Klimawandel und Finanzkrise
Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA-Mitglied der Sektion Österreich, Die Grünen
- 5 UN Development Cooperation Forum High Level Symposium in Wien
- 6 Parlamentarische Partnerschaft – Besuch in Mosambik
- 6 APKN – Africa Parliamentary Knowledge Network
Beitrag von Elisabeth Dietrich-Schulz, Parlamentsbibliothek
- 7 FAIRTRADE®-Ausstellung im Parlament
- 7 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mosambik
Joseph Hanlon, Mozambique Political Process Bulletin

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer empfängt die beiden Mitarbeiterinnen des mosambikanischen Parlaments, die im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs ein zweiwöchiges Training in Österreich absolvierten.

Foto: HBF

Zweites MitarbeiterInnentraining im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs

Ein Schwerpunkt des Projekts Parlamentarischer Nord-Süd Dialog ist die **politisch-technische Kooperation mit dem Partnerparlament in Mosambik**. Diesem Auftrag folgend fand bereits zum zweiten Mal ein Training für zwei Mitarbeiterinnen des mosambikanischen Parlaments im

österreichischen Parlament statt, mit dem Ziel, die Kapazitäten der mosambikanischen MitarbeiterInnen und Abteilungen hinsichtlich parlamentarischer Standards zu stärken.

Die beiden Trainees, **Isabel de Nascimento, Mitarbeiterin der IT-Abteilung** und **Abiba Chutumia, Mitarbeiterin des Legislativen Dienstes**, erhielten während ihres Be-

Editorial



Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Der Weltklimagipfel in Kopenhagen ist mit einem enttäuschenden Ergebnis zu Ende gegangen. Trotz der drohenden menschenverursachten Erderwärmung, und der damit verbundenen Katastrophenszenarien, wurden keine verbindlichen und kontrollierbaren Zusagen von Seiten der anwesenden 193 Regierungen zur Reduzierung des CO₂ Ausstoßes gemacht.

Aber in Kopenhagen wurde sichtbar, wie Weltpolitik in den nächsten Jahren ablaufen wird, und wer die tonangebenden Länder sein werden. Ohne Zweifel werden dabei die Schwellenländer China und Indien eine entscheidende Rolle spielen. Die große Herausforderung für die Staatengemeinschaft wird jedoch sein, wie es gelingen wird, die UNO mit Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten auszustatten und ein funktionierendes System zu installieren, in dem alle Staaten zusammen arbeiten können. Die großen Umwelt- und Klimaprobleme, aber auch die Bekämpfung der Armut, können nur gemeinsam gelöst werden. Politische Handlungsebenen beschränken sich nicht mehr allein auf den Nationalstaat. Die Stärkung von parlamentarischen Interventions- und Aktionsräumen und von internationalen parlamentarischen Kooperationen sind wichtige Aspekte im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen.

Das österreichische parlamentarische Nord-Süd Dialogprojekt versucht diese Themen aufzugreifen und politische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wir laden Sie herzlich ein, das Projekt weiter zu unterstützen.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

suches vom 9. bis zum 20. November 2009 Einblicke in **Strukturen, Abläufe und Systeme verschiedener Abteilungen des österreichischen Parlaments**, darunter dem Internationalen Dienst, dem Wissenschaftlichen Dienst, der Parlamentsbibliothek, dem Parlamentsarchiv, dem Besucherzentrum, der PR-Abteilung sowie dem Grünen Klub und dem SPÖ Klub. Weiters besuchten sie die Demokratiewerkstatt, die E-Rechts Abteilung des Bundeskanzleramtes, die Nationalbibliothek und die Politische Akademie der ÖVP. Als besondere Ehre empfanden es die beiden Gäste, dass sie auch von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer empfangen wurden.

Informationen über das Parlamentarische System in Österreich, Plenums- und Ausschussarbeit, Bibliothek und Archiv, E-Recht, Gesetzgebungsverfahren, sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit wurden von ExpertInnen der jeweiligen Abteilung in einem anschaulichen Dialog dargelegt und Anknüpfungspunkte zu den Gegebenheiten in Mosambik und Afrika gesucht. So konnten beispielsweise Möglichkeiten der Nutzung von bereits vorhandenen bzw. in kontinuierlicher Entwicklung befindlichen elektronischen Systemen des **UNDESA-Programms für Afrika** erörtert werden.

Die beiden Mitarbeiterinnen empfanden das Programm als äußerst intensiv und sowohl auf persönlicher Ebene als auch **im Hinblick auf ihre Arbeitsbereiche als gewinnbringend**. Wie bereits

beim ersten Training zweier mosambikanischer Parlamentsmitarbeiter im Juni weckte auch dieses Mal das E-Rechts-System des österreichischen Parlaments, das europaweit zu den führenden Systemen gehört, großes Interesse. Aus Sicht der Mitarbeiterin des Legislativen Dienstes würde die Einführung eines derartigen Systems zahlreiche Probleme und Mängel des mosambikanischen Gesetzgebungsverfahrens beseitigen, und zu mehr Effizienz und Transparenz beitragen. Die IT-Expertin de Nascimento sieht jedoch die technischen Voraussetzungen für die Implementierung sowohl in Bezug auf Hardware als auch auf Software als derzeit nicht gegeben an. In diesen Bereichen würde das mosambikanische Parlament auf Unterstützung angewiesen sein. Dasselbe würde ebenfalls für die entsprechend notwendigen Schulungen der MitarbeiterInnen gelten.

Im Falle einer Fortführung der technischen Kooperation über die aktuelle Projektperiode (bis Juni 2010) hinaus, wurde es daher von allen, an der Abschlussbesprechung teilnehmenden Beamten, als wichtig angesehen, dass bei zukünftigen Trainings noch detaillierter auf die fachspezifischen Bedürfnisse der einzelnen KollegInnen eingegangen werden soll.

Mit dem **gegenseitigen Wunsch, dass es zu einer Fortführung der technischen Kooperation** kommt, wurde der zweiwöchige Aufenthalt erfolgreich beendet.



Die beiden Trainees beim Besuch der Politischen Akademie, begleitet von Christian Passin (links), Internationales Netzwerk – Südosteuropa, und Mag. Peter Danich, stv. Direktor der Politischen Akademie.

25 Jahre AWEPA – Jubiläumskonferenz in Kapstadt

“Promoting Parliamentary Democracy in Africa” ist nicht nur der Leitspruch, unter dem AWEPA seit 25 Jahren auf dem afrikanischen Kontinent tätig ist, sondern war auch das Thema der Jubiläumskonferenz in Kapstadt, zu der AWEPA ParlamentarierInnen aus Afrika und Europa versammelte, um sein 25-jähriges Bestehen zu feiern.

Kapstadt als Konferenzort wurde deshalb gewählt, weil AWEPA (= Association of Western European Parliamentarians Against Apartheid) im Jahr 1984 von engagierten europäischen ParlamentarierInnen als Anti-Apartheid Bewegung gegründet wurde, mit dem Ziel gegen ein „ungerechtes, Menschenrechte ignorierendes und die menschliche Würde verletzendes Regime“ anzukämpfen. Auf Bitte von Nelson Mandela und anderer politischer Persönlichkeiten wurde AWEPA 1994 neu gegründet als Association of European Parliamentarians for Africa. Die Ziele blieben die gleichen: Kampf für Demokratie und Menschenrechte und für das Recht der Menschen in Würde und Sicherheit zu leben.

Die Konferenz setzte sich thematisch mit aktuell großen Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit auseinander: Klimawandel und sein Einfluss auf die Landwirtschaft und Er-



Der langjährige AWEPA-Präsident Dr. Jan Nico Scholten bei der Eröffnung der Konferenz.

nährungssicherheit in Afrika, die neuen Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung. Als übergeordnetes Ziel sieht AWEPA in der Zukunft vor allem den Kampf gegen Ungleichheit und Armut an, die der scheidende AWEPA Präsident Dr. Jan Nico Scholten in seiner Rede „angesichts des großen Reichtums, den es ebenfalls gibt“, als „obszön“ bezeichnete. Im Rahmen der Konferenz kam es auch

zu Neuwahlen, und das langjährige AWEPA Council Mitglied Miet Smet, ehemalige belgische Ministerin, wurde als neue Vorsitzende gewählt. Um die partnerschaftliche Beziehung zwischen den europäischen und afrikanischen Parlamenten zu unterstreichen, wird sich AWEPA mit 1. Jänner 2010 in **European Parliamentarians with Africa** umbenennen.

Weltbank-Projekte in Burkina Faso Regionale Entwicklung im Spannungsfeld von Klimawandel und Finanzkrise

Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA-Mitglied der Sektion Österreich, Die Grünen

Als Mitglied von AWEPA wurde ich vom parlamentarischen Nord-Süd Dialog angefragt, an einem parlamentarischen Monitoring-Besuch des Parlamentarier-Netzwerks der Weltbank in Burkina

Faso teilzunehmen. Unsere Delegation bestand aus 15 Abgeordneten aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Schweden, Österreich, aus Indien, Iran, Laos, Nepal und Vietnam sowie aus den afrika-

nischen Staaten Elfenbeinküste, Senegal, Mali, Kamerun und aus Kanada. Begleitet wurden wir von den MitarbeiterInnen der Weltbank und des PNoWB (siehe www.pnowb.org).

Folgende vier Hauptthemen standen bei den "Field Visits" im Mittelpunkt:

- 1) Maßnahmen gegen die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf Burkina Faso's Wirtschaft und Entwicklung
- 2) Dezentralisierung und soziale Verantwortung
- 3) Bergbau / Rohstoff-Industrien und Verteilung der Gewinne
- 4) Einfluss von Reformen auf die Verbesserung des Investitionsklimas

Aktuell beläuft sich das Engagement der Weltbank in Burkina Faso auf 19 Projekte in vier regionalen Programmen und erreicht ein Investitionsvolumen von knapp 715 Mio. Dollar oder etwa 511 Mio. €, erläuterte uns die Leiterin des Vor-Ort Büros der Weltbank Galina Y. Sotirova, eine gebürtige Bulgarin. Bis 2007 betrug das relativ stabile makroökonomische Wachstum jährlich etwa 6 %. Bis 2007 sank die Armutsrate deutlich, gleichzeitig stieg der Anteil der Bevölkerung mit Grundschulausbildung von 42 % im Jahr 1999 auf 72 % im Jahr 2007. Der Zugang zu Trinkwasser stieg von 54 % im Jahr 2004 auf 77 % im Jahr 2007.

Seit 2007 erleidet Burkina Faso eine Serie von Krisen:

Hohe Erdöl- und Lebensmittelpreise, Klimawandel, Krise im Baumwollsektor und Weltwirtschaftskrise bringen einen wirtschaftlichen Rückschlag. Zusätzlich ist das Land im September 2009 durch Überschwemmungen in der Hauptstadt Ougadougou, die Schäden in Millionenhöhe anrichteten (272 Mio. USD) und von den 120.000 Menschen direkt

betroffen waren, in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Gesamtausgaben der Weltbank in Burkina Faso verteilen sich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche derzeit wie folgt:

Stadtentwicklung 2 %, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung 22 %, Bildungssystem 12 %, Energie und Bergbau 16 %, Umwelt 3 %, Finanz- und Privatsektor 5 %, Gesundheitssystem 10 %, Öffentlicher Sektor 3 %, Transport 27 %.

250.000 Haushalte oder etwa 3 Mio. Menschen hängen derzeit vom Baumwollanbau ab. 50–65 % aller Exporterlöse von Burkina Faso gehen auf den Baumwollexport zurück. Durch die Krise und die schlechten Preise ging die Produktion um 25 % zurück, womit das GDP um 1,8 % sank. 15 % geringere Preise, die den Erzeugern gezahlt werden, führen zu einer Erhöhung der Armut um 3 %. Die Baumwolle wird derzeit größtenteils nach China exportiert.

Bei unseren Besuchen in den Regionen sehen wir neben einer Viehfarm auch eine dörfliche Vorsorge- und Gesundheitsstation in Korsimoro und ein Projekt für die Lagerung von Zwiebeln in Kaya. Die Wasserversorgung der Hauptstadt Ougadougou wurde durch ein Wasseraufbereitungsprojekt in Ziga für längere Zeit sichergestellt und war das größte Investitionsprojekt in Burkina Faso. Neben VertreterInnen der Zivilgesellschaft und wirtschaftlichen Interessensorganisationen konnten wir auch eine Ausbildungsstätte im Bereich

Wasser- und Umwelt-Engineering in Kamboissin kennen lernen.

Besonders freundschaftlich war die Aufnahme durch die Abgeordneten Burkina Fasos, sowohl von Oppositions- als auch Regierungsseite. In zahlreichen persönlichen Gesprächen konnten wir Erfahrungen austauschen und vertiefend die konkreten Projekte diskutieren. Am Rande war es mir auch möglich einen Kurzbesuch im Lycée Professionnel Dr. Bruno Buchwieser, einer Technikerschule, die mit österreichischen Entwicklungshilfegeldern aufgebaut worden ist, zu absolvieren.

Die Herausforderungen in Burkina Faso bestehen aus meiner Sicht in einer ausgewogenen Entwicklungsstrategie, die vor allem dem ländlichen Sektor mehr staatliche und internationale Unterstützung zukommen lässt. Die riskanten Investitionen in den Baumwollsektor sollten zurückgefahren und Prioritäten im Bereich der Ernährungssicherheit gesetzt werden. Investitionen in die dezentrale Lagerung landwirtschaftlicher Erntegüter und eine marktgerechte Weiterverarbeitung sind vordringlich. Eine fachliche Ausbildung in Richtung biologischer Land- und Gartenbau und eine standortgerechte zweisprachige Ausbildung (Französisch und lokale Sprachen) wären gerade auch für Frauen in den ländlichen Regionen eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Bemühungen. Den MitarbeiterInnen des parlamentarischen Nord-Süd Dialogs möchte ich nochmals für die fachliche Betreuung und ihr interessenspolitisches Engagement herzlich danken!

AWEPA-Österreich
Sektionsmitglied
Wolfgang Pirklhuber
bei der Konferenz
in Burkina Faso
und mit anderen
Delegierten.

Fotos: Wolfgang
Pirklhuber



UN Development Cooperation Forum High Level Symposium

Das **Development Cooperation Forum** wurde im Rahmen des **World Summit der Vereinten Nationen 2005** initiiert und findet 2010 zum zweiten Mal statt. Ziele des alle zwei Jahre stattfindenden Forums sind:

- Die laufende Überprüfung der Entwicklungen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einschließlich der Strategien, Maßnahmen und Finanzierung;
- Die Förderung einer größeren Kohärenz zwischen den Entwicklungsaktivitäten von verschiedenen Entwicklungspartnern;
- Das Stärken der normativen und operationellen Verbindungen in der Arbeit der Vereinten Nationen.

In Vorbereitung auf das nächste Forum fand im **November ein von UN/DESA und dem österreichischen Außenministerium gemeinsam organisiertes erstes High Level Symposium in Wien** statt, zu dem auch AWEPA und IPU mit einer Gruppe von 10 ParlamentarierInnen aus Afrika und Europa eingeladen waren. Als Vertreterin des österreichischen Parlaments nahm NR Petra Bayr an der Veranstaltung teil. Zum Thema **“Accountable and Transparent Development Cooperation: Towards a More Inclusive Framework”** versammelten sich VertreterInnen verschiedenster Institutionen aus Politik, der Zivilgesellschaft und aus der Wirtschaft, um die wichtigsten Herausforderungen in Bezug auf gegenseitige Rechenschaftspflicht sowie

über mögliche gemeinsame Standards bei der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und Transparenz zu diskutieren. Die anwesenden ParlamentarierInnen wiesen darauf hin, dass sie als gewählte RepräsentantInnen der Bevölkerung verstärkt in den Prozess eingebunden werden müssen. Auch die Forderung nach einem eigenen Forum zwischen Gebern, Ministerien und Abgeordneten wurde angesprochen. Nähere Informationen zum Symposium finden Sie auch auf der AWEPA Homepage. Eine Broschüre des Nord-Süd Dialog Projekts setzt sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinander: **„Getting involved – Parlamente als Akteure Wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“**.



„Getting Involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“

Am 24. Juni 2009 fand eine Veranstaltung im österreichischen Parlament statt, in der ExpertInnen und ParlamentarierInnen aus Europa und Afrika über die aktuelle Situation und die Möglichkeiten, die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sowie über die Notwendigkeit, Parlamente stärker in die Prozesse der Pariser Erklärung einzubinden, diskutierten. Die Broschüre dient einerseits als Nachlese zu dieser Veranstaltung, beinhaltet andererseits aber auch weiterführende Informationen zur Rolle der Parlamente als Akteure einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit.

Zusendung auf Anfrage (pranger@nordsued-dialog.org) oder Download (www.nordsued-dialog.org – Projektpublikationen)



Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner **Söldner, Schurken, Seepiraten** Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege

Piraten, Warlords, Kindersoldaten, private Militärunternehmer und Söldner bestimmten in den letzten Jahren die öffentliche Debatte als „neue“ Akteure in gewaltsamen Konflikten und Kriegen. Hat sich mit diesen Kriegsparteien und der zunehmenden Privatisierung des Krieges auch der Krieg selbst verändert? Wie sehen Bürgerkriegsökonomien aus und welche Rolle spielt die globale Wirtschaft in den heutigen Kriegen?

343 Seiten, ISBN 9783643500991, Lit-Verlag, Münster – Berlin – Wien, Jänner 2010.

Parlamentarische Partnerschaft – Besuch in Mosambik



Projektleiterin Jutta Kepplinger und Projektkonsulentin NR. a.D. Inge Jäger übergeben dem Parlamentsdirektor, Baptista Ismael Machaieie, einen der im Rahmen des Projektes angekauften Laptops.

Im Anschluss an die AWEPA Konferenz in Kapstadt nahmen Projektkonsulentin NR a.D. Inge Jäger und Projektleiterin Jutta Kepplinger an der jährlich stattfindenden AWEPA Mosambik Donor Konferenz teil. Präsentiert wurde das Programm 2010 bis 2014, das unter dem Motto "Towards effective oversight, accountability and transparency" mit dem Fokus der besonderen Unterstützung der neuen Provinzparlamente steht.

Im Rahmen des Aufenthalts gab es auch ein Zusammentreffen mit dem Parlamentsdirektor, Baptista Ismael Machaieie, des mosambikanischen Parlaments, um über die nächsten Projektschritte zu beraten und um die, von Projektgeldern angekauften Laptops, zu übergeben.

Der Parlamentsdirektor zeigte sich im Gespräch mit den Projektvertreterinnen sehr erfreut über die Resultate des ersten Mitarbeitertrainings. Besonders der Bereich des E-Law Prozesses findet reges Interesse im mosambikanischen Parlament, das sich beginnend mit der kommenden Legislaturperiode ab 2010 intensiver mit einer Modernisierung der Abwicklung legislativer Prozesse im eigenen Parlament auseinandersetzen möchte. Der Parlamentsdirektor bat im Gespräch daher um Unterstützung durch das österreichische Partnerparlament. Im Rahmen des Projektes wird er von 17.–19. Februar das österreichische Parlament besuchen und Gespräche mit den zuständigen Beamten führen. Zudem wurde eine Evaluierung des mosambikanischen Systems durch einen spezialisierten Beamten des österreichischen Parlaments für März 2010 in Aussicht genommen.

APKN – Africa Parliamentary Knowledge Network

Beitrag von Elisabeth Dietrich-Schulz, Parlamentsbibliothek

BibliotheksdirektorInnen und InformationsspezialistInnen aus 22 afrikanischen Staaten trafen sich vom 15. bis 17. Dezember 2009 in Rom in den Bibliotheken des Senats und der Camera dei Deputati zu dem von der UNO veranstalteten Workshop "Strengthening the Cooperation among Parliamentary Libraries in the Framework of the Africa Parliamentary Knowledge Network (APKN)".

Neben ParlamentsbibliothekarInnen aus Neuseeland, Norwegen und Italien, sowie von der Kongressbibliothek in Washington und der Dag Hammarskjöld Bibliothek der UNO in New York, wurde auch EZPWD-Koordinatorin und Leiterin der österreichischen Parlamentsbibliothek, Dr. Elisabeth Dietrich-Schulz gebeten, ihr Know-how in der Arbeit mit bibliothekarischen parlamentarischen Netzwerken weiterzugeben. Wie ihre KollegInnen arbeitet sie seit Jahren erfolgreich in und mit Netzwerken wie IFLA (International Federation of Library Associations) und EZPWD (Euro-

päisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation).

Das APKN – Africa Parliamentary Knowledge Network – hingegen ist ein sehr junges Netzwerk, gegründet anlässlich einer Internationalen Konferenz in Kairo 2008, an der 37 nationale und regionale Afrikanische Parlamente teilnahmen. APKN basiert auf den Gründungsprinzipien der Afrikanischen Union (AU) und des Pan African Parliament (PAP). Ziel ist die Harmonisierung der Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten, die eng mit dem Auf- und Ausbau der Parlamentsverwaltungen und ihrer Informationsdienste verknüpft ist. In Rom wurde eine von der UNO eingerichtete Homepage präsentiert (www.apkn.org), die die virtuelle parlamentarische Zusammenarbeit vereinfacht und fördert. Sie orientiert sich u.a. an der Homepage des EZPWD, www.ccprd.org.

Einen Bericht von Dr. Dietrich-Schulz finden Sie auf unserer Homepage www.nordsued-dialog.org



ParlamentsbibliothekarInnen aus Liberia, Österreich und Ägypten – eine gute und intensive Zusammenarbeit

Foto: Elisabeth Dietrich-Schulz



Delegierte des Workshops „Strengthening the Cooperation among Parliamentary Libraries“ in Rom

Foto: Ross Becker

FAIRTRADE®-Ausstellung im Parlament

Am 3. Dezember 2009 wurde im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs eine FAIRTRADE®-Ausstellung im Vorraum des Bundesratssitzungsraums organisiert.

Unter dem FAIRTRADE®-Motto „Großes Tun mit kleinem Zeichen“ präsentierten FAIRTRADE® und der Weltladen unterschiedliche fair erzeugte und gehandelte Produkte und kulinarische Köstlichkeiten. Bundesratsvizepräsidentin Mag.^a Susanne Neuwirth eröffnete die Ausstellung vor Beginn der Bundesratssitzung im Rahmen eines „fairen Frühstücks“ des Weltcafés und betonte den unverzichtbaren Beitrag, den FAIRTRADE® zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Ländern des Südens leistet. Zudem wies Sie darauf hin, dass durch den Erwerb von FAIRTRADE®-Produkten alle Österrei-

cher und Österreicherinnen zu einer positiven und nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Mag. Hartwig Kirner, Geschäftsführer von FAIRTRADE® Österreich, wies anschließend darauf hin, dass die Politik gefordert sei, mit einem positiven Beispiel voran zu gehen und FAIRTRADE® in der öffentlichen Beschaffung zu stärken.

Die Ausstellung präsentierte den ganzen Tag über ihre Produkte und zahlreiche Abgeordnete und Regierungsmitglieder überzeugten sich von der Qualität und der Vielfalt von FAIRTRADE®-Erzeugnissen aus aller Welt.



FAIRTRADE® Geschäftsführer Mag. Hartwig Kirner übergibt ein faires Nikolaussäckchen an Bundesratsvizepräsidentin Mag.^a Susanne Neuwirth
Foto: Carina Ott

Wahlen in Mosambik

(Vor)Wahlanalysen von Joseph Hanlon in den Mozambique Political Process Bulletins
Herausgegeben von AWEPA (European Parliamentarians for Africa) und CIP (Centro de Integridade Pública) –
zusammengefasst und aus dem Englischen übersetzt

Am 28. Oktober 2009 wurden in Mosambik die vierten nationalen Wahlen seit Ende des Bürgerkriegs und der Etablierung einer Mehrparteiendemokratie im Jahr 1994 abgehalten. Gewählt wurden ein Präsident, ein nationales Parlament sowie erstmals zehn Provinzparlamente. Der Wahlkampf verlief größtenteils friedlich.

Dem Wahlausgang zufolge wird die regierende Frelimo (Frente da Libertação de Moçambique) im neu gewählten Parlament (Assembleia da República) 191 der 250 Sitze innehaben, 51 Sitze gehen an die Renamo (Resistência Nacional Moçambicana) und 8 Sitze an die erst

im März 2009 gegründete MDM (Movimento Democrático de Moçambique). In den Provinzparlamenten ergibt sich ein ähnliches Bild.

Die Präsidentschaftswahlen gewann der amtierende Präsident Armando Guebuza (Frelimo) mit einer überwältigenden Mehrheit von 75,01 % der gültigen (67,51 % der abgegebenen) Stimmen. Die Kandidaten der Opposition, Afonso Dhlakama (Renamo) und Daviz Simango (MDM) kamen auf 16,41 % der gültigen (14,77 % der abgegebenen) bzw. 8,59 % der gültigen (7,73 % der abgegebenen) Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 45 %.

Die Beobachtermissionen der EU und des Commonwealth äußerten sich positiv über die Organisation und das Management der Wahlen sowie über die mediale Berichterstattung, übten jedoch harsche Kritik an der Vorgangsweise der Nationalen Wahlkommission (CNE). Diese lehnte im Vorfeld der Wahlen KandidatInnenlisten – vornehmlich der MDM – aufgrund angeblicher Unvollständigkeit ab, wodurch es dieser nur möglich war in 23 von 141 Wahldistrikten anzutreten. In sechs der zehn Provinzen standen faktisch nur KandidatInnen der regierenden Frelimo zur Wahl, was als massive Einschränkung der Wahlmöglichkeit gewertet wurde.

Seitens der CNE wurden nur unzureichende Begründungen hinsichtlich der Entscheidung über die Zulassung von Listen gegeben und es gab keine Dialogbereitschaft mit den abgelehnten Parteien. Für die internationalen Beobachterkommissionen war nicht nachvollziehbar, auf Basis welcher Gesetze und Wahlvorschriften die CNE agierte. Neben diesen Problemen im Vorfeld der Wahlen kam es auch bei der Stimmenausschüttung stellenweise zu Ungereimtheiten. Bereits bei den Wahlen 2004 und 2008 hat es Vorfälle und Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten und Wahlmanipulation gegeben und die Gebergemeinschaft ist nun zunehmend unwillig, derartige Vorgänge zu akzeptieren. Hauptkritikpunkte sind nicht nur die Ablehnung von Listen, sondern der Prozess vor den Wahlen an sich sowie die Stimmenausschüttung. Beides sei nicht genügend transparent und verhindere die Gleichheit der Möglichkeiten für alle an-

tretenden Parteien und KandidatInnen. Zudem seien die Wahlgesetze teilweise verwirrend und kontradiktorisch und ermöglichen so zu große Interpretationsspielräume und individuellen Einschätzungen seitens der CNE, die dadurch oftmals weder als neutral noch als unabhängig agierend gesehen wird. Während manche Beobachtergruppen, vor allem aus südlichen europäischen Ländern, die Wahlen trotzdem als prinzipiell professionell durchgeführt loben, gibt es verstärkten Druck seitens einiger Geber, vor allem aus den nördlichen EU-Staaten, den gesamten Wahlprozess einer Reform zu unterziehen. Als Reaktion auf die Ungereimtheiten werden sogar Kürzungen bzw. Umwidmungen der Budgethilfe für Mosambik erwägt. Insgesamt soll der Wahlprozess als Performanceindikator der G19 Budgethilfe (Gruppe der 19 Geberländer- und Institutionen, die in Mosambik Budgethilfe leisten) aufgenommen werden. Als

politische Auswirkungen sehen einige Analysten im Wahlausgang ein Zeichen dafür, dass durch die 2/3 Mehrheit der Frelimo der Raum für demokratische Auseinandersetzungen kleiner wird. Andererseits sind erstmals drei Parteien im Parlament vertreten. Die MDM hat jedoch unter den derzeitigen parlamentarischen Regeln zu wenige Mandate, um eine so genannte „bancada“ (Bank) bilden zu können – dafür sind mindestens 11 Sitze im Parlament notwendig. Nur Abgeordnete aus einer „bancada“ können jedoch Mitglied einer Kommission werden, Anfragen an die Regierung stellen, Redezeit beantragen und haben das Recht auf Büroräumlichkeiten und Personal.

Die neu gewählten ParlamentarierInnen wurden am 12. Jänner angelobt, die **bisherige Vizepräsidentin Hon. Veronica Macamo Dlovo** wurde zur neuen Parlamentspräsidentin gewählt.

Evaluierung des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog

Vom 23. bis zum 25. Februar 2010 wird eine Evaluierung des Projekts „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ durch die deutsche Evaluatorin Frau Luitgard Matuschka stattfinden, unter anderem mittels Fragebögen, die an die Abgeordneten und parlamentarischen MitarbeiterInnen verteilt werden. Wir bitten Sie bereits jetzt um Unterstützung durch Ihr Mitwirken bei dieser Evaluierung und werden Ihnen diesbezüglich noch nähere Informationen zukommen lassen. **Herzlichen Dank – das Team des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs!**

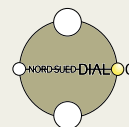
Wir danken für die Zusammenarbeit!

Das Team des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs bedankt sich sehr herzlich bei Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und allen MitarbeiterInnen der einzelnen Abteilungen des Österreichischen Parlaments, die durch ihr Engagement und ihre Kompetenz eine reibungslose und erfolgreiche Durchführung des Trainings der zwei Mitarbeiterinnen des mosambikanischen Parlaments unterstützt haben.

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien
Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger, Michael Fink
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.



IOFE.A1

RI RennerInstitut

MODERNPOLITICS
POLITISCHE AKADEMIE DER ÖVP

FPO
FORUM POLITIK



ZUKUNFTS
AKADEMIE
ÖSTERREICH